

Gas-Stopp: Wirtschaft warnt vor Domino-Effekt

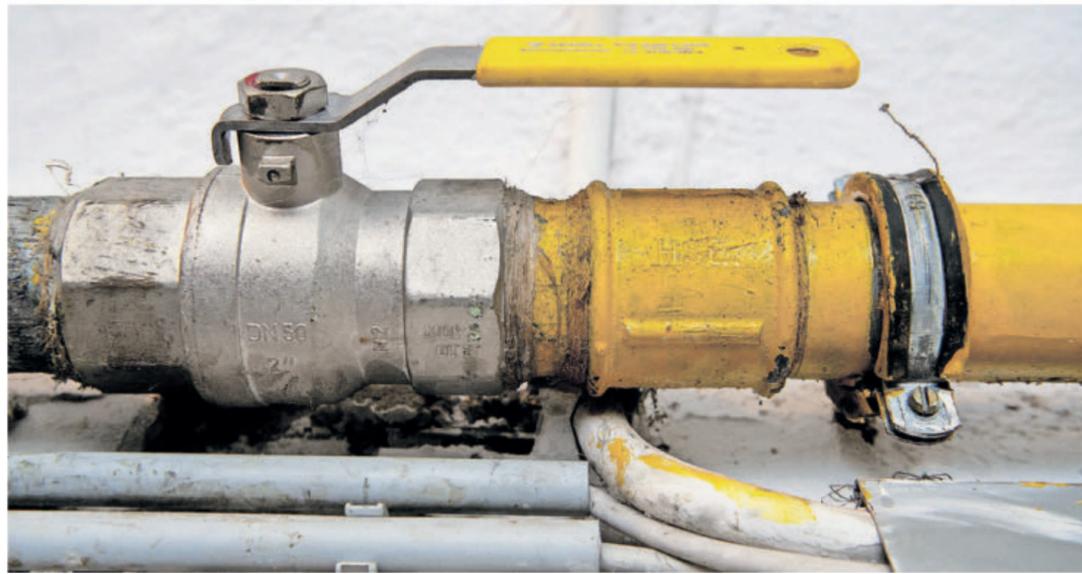
Ob Notfallplan Gas oder sogar Lieferstopp: Die kurzfristige Gasversorgung steht bei uns bis zum Herbst. Doch die Wirtschaft warnt: Wenn es keine sichere Gas-Versorgung darüber hinaus gibt, kommt es zu Produktionsstopp, Firmenpleiten und Arbeitsplatzverlusten - auch in der Region Trier.

VON SABINE SCHWADORF

TRIER Die deutsche Wirtschaft funktioniert wie ein großes Uhrwerk. Bleibt ein Rädchen stehen, fällt das ganze Getriebe aus, eine Kettenreaktion lässt die ganze Maschine stillstehen. Ebenso befürchten es viele Wirtschaftsvertreter angesichts eines Gas-Lieferstopps von russischer Seite oder eines Gas-Embargos von EU-Seite aus. „Nahezu alle Wertschöpfungsketten wären dann gestört“, ist Jan Glockauer, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Trier, überzeugt. Denn Gas diene in Deutschland nicht nur zur Wärme- und Warmwasserherstellung, sondern finde Anwendung in der Produktion medizinischer Güter, von Kunststoffen, Klebstoffen, Papier und Nahrungs- und Genussmitteln, also fast allem, das für die Bevölkerung unentbehrlich ist.

Frank Natus, Chef des gleichnamigen Trierer Unternehmens mit 800 Beschäftigten weltweit, befürchtet sogar: „Wenn Branchen wie Chemie, Stahl, Glas oder Zement nicht mehr produzieren könnten, würde in Deutschland innerhalb von wenigen Wochen die gesamte oder zu-

Ob der Gashahn dauerhaft aus Richtung Russland geöffnet bleibt, ist derzeit noch unklar. Doch die Wirtschaft rüstet sich, um gegen einen Lieferstopp gewappnet zu sein. FOTO: DPA



mindest ein Großteil der deutschen Industrie zum Erliegen kommen. Dies würde dann zeitversetzt sicherlich auch unser Unternehmen hart treffen können.“ Derzeit gebe es nur einen Produktionszweig mit Gas, für den er nun nach Alternativen suche.

Schon vor dem Ukraine-Krieg waren für drei von vier Betrieben aus der Region Trier die steigenden Energiepreise ein Konjunkturrisiko. Nun hat sich das nochmals verschärft. „Die besondere Gefahr beim Gas besteht darin, dass wir nicht sofort dramatische Folgen spüren, denn bis zum Herbst sind die Speicher noch voll“, sagt Glockauer. Auch die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt sagt: „Selbst ein kurzfristiger Lieferstopp von russischem Gas würde die Versorgung zum jetzigen Zeitpunkt nicht gefährden.“

Aber: Gerade in der Großindustrie sei es nicht immer möglich, Produktionsanlagen ohne Schäden herunterzufahren oder Prozesse mit weniger Energieeinsatz zu betreiben, so der sogenannte „Spitzenrunde Energiesicherheit“ von Wirtschaftskammern, Verbänden und Politik im Land, „einen permanenten Draht zwischen Politik und Wirtschaft zur Krisenvorsorge“, sagt Wirtschaftsministerin Schmitt. Dazu will Rheinland-Pfalz auch einen ständigen Sitz in der Bundesnetzagentur haben, die im Notfall für die Priorisierung der Gas-zuteilung zuständig ist. Denn nicht jedes Bundesland ist dort vertreten. Dabei liegt Rheinland-Pfalz allein beim Energieverbrauch von Gas mit 38 Prozent weit über dem Bundes-schnitt mit 25 Prozent, wäre also von Einschnitten weit mehr betroffen als andere Länder.

Doch genau das ist derzeit für die Wirtschaft ein Problem, stehen doch private Haushalte und soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser selbst in der dritten Stufe, der Notfallstufe, unter einem besonderen gesetzlichen Schutz, allgemeine oder sogar gasintensive Wirtschaftsbetriebe jedoch nicht. „Nicht schützenswert“, heißt das im Amts-

deutsch. Um die Lage nun auszuloten und die Politik auf mögliche Folgen für Industrie, Handwerk, Handel und Verbraucher einzustimmen, gibt es die sogenannte „Spitzenrunde Energiesicherheit“ von Wirtschaftskammern, Verbänden und Politik im Land, „einen permanenten Draht zwischen Politik und Wirtschaft zur Krisenvorsorge“, sagt Wirtschaftsministerin Schmitt. Dazu will Rheinland-Pfalz auch einen ständigen Sitz in der Bundesnetzagentur haben, die im Notfall für die Priorisierung der Gas-zuteilung zuständig ist. Denn nicht jedes Bundesland ist dort vertreten. Dabei liegt Rheinland-Pfalz allein beim Energieverbrauch von Gas mit 38 Prozent weit über dem Bundes-schnitt mit 25 Prozent, wäre also von Einschnitten weit mehr betroffen als andere Länder.

Dass sich in der Energieversorgung und bei den genutzten Energiequellen etwas tun muss, ist Politik wie Unternehmen klar: So haben im Land etwa durch die Beratung der Energieagentur 550 Unternehmen durch Digitalisierung, neue Querschnittstechnologien oder Fotovoltaik-Anlagen inzwischen 12,8 Millionen Euro eingespart. Im Industriepark Region Trier (IRT) in Föhren wird laut Geschäftsführer Reinhard Müller auch ohne einen gesetzlichen Zwang „jeder Neubau mit PV-Anlagen auf dem Dach gebaut. Fotovoltaik steht ganz oben, weil dies auch zur Lastenkurve vieler Unternehmen passt“, sagt er. Der Verband selbst könne ein Drittel seines Verbrauchs selbst erwirtschaften, zehn Prozent des Gases komme aus regionalem Biomethan. Und dank der erzielten zusätzlichen 13

Megawatt Strom aus den drei Solarparks auf Freiflächen des IRT könne der gesamte Strombedarf im IRT bilanziell gedeckt werden.

In diesem Konzern spielen auch die Stadtwerke Trier (SWT) eine wichtige Rolle. So wollen sie mit ihren 100 größten „nicht schützenswerten“ Kunden individuell ausloten, wie der Erdgasbezug reduziert werden kann und einzelne Lösungen gefunden werden können. „Wir spielen verschiedene Szenarien durch, von der Höhe der Ersparnis bis zur gelieferten Gasmenge“, sagt SWT-Sprecherin Anne Paris. Denn im Gas-Notfall wären die Stadtwerke von der Gasverteilung der Bundesnetzagentur und den Prioritäten aus dem „Notfallplan Gas“ abhängig. Deshalb sucht man nach Alternativen und weniger Abhängigkeit. Schon jetzt erzeugen die Stadtwerke 75 Prozent des Strombedarfs der Haushalte- und Gewerbekunden selbst, bis 2030 möchte man komplett regionalen Strom liefern.

Anders sieht es noch beim Gas aus. Über die Biogaspartner Bitburg sollen einmal rund 5000 Haushalte mit Bio-Erdgas versorgt werden. Und eine weitere Anlage nach diesem Vorbild ist bei den Stadtwerken Trier bereits in Planung. Doch der Energieversorger stellt auch klar: „Die Kapazität dieser Anlagen wird nicht ausreichen, um den externen Erdgasbezug zu ersetzen“, sagt Sprecherin Paris.

Schnelle Lösungen zum Ersetzen des russischen Gases gibt es demnach nicht: „Vieles dauert, bis es umgesetzt ist“, sagt IRT-Geschäftsführer Müller. Und IHK-Chef Glockauer ergänzt: „Wichtig ist es, jetzt einen kühlen Kopf zu bewahren und Sanktionen nicht so weit zu führen, dass man am Ende der Schwächere ist.“

Leer stehende Hotels werden zu Flüchtlingsunterkünften

Für die Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten gibt das Land über 400.000 Euro pro Monat für die Unterkünfte aus.

VON BERND WIENTJES

TRIER/HERMESKEIL/BITBURG Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind offiziell über 18.000 Vertriebene aus dem Land nach Rheinland-Pfalz gekommen. Die Zahl dürfte allerdings noch höher sein, da viele Flüchtlinge direkt – ohne vorher in einer Aufnahme-einrichtung des Landes gewesen zu sein – in privaten Unterkünften untergekommen sind.

Um trotzdem ausreichend Platz in den insgesamt fünf Erstaufnahme-einrichtungen des Landes vorhalten zu können, wurden die Kapazitäten von 3300 auf 6650 erhöht. Geplant ist, Platz zu schaffen für bis zu 10.000

Flüchtlinge. In den Unterkünften in Trier und Hermeskeil wurden Container und eine Halle aufgebaut, in denen weitere Flüchtlinge untergebracht werden können. In der Erstaufnahmeeinrichtung auf dem ehemaligen US-Flugplatz in Bitburg wurden zusätzliche Plätze geschaffen, indem das Land das benachbarte, seit Sommer 2020 leer stehende Jugendhotel Youtel komplett angemietet hat. Zudem wurden einzelne Zimmer im Hotel Eifelstern angemietet.

In Bernkastel-Kues wurde im ehemaligen Hotel Moselpark auf dem Kueser Plateau Unterkunft für bis zu 800 Flüchtlinge geschaffen. Der aus den 1970er Jahren stammende

Komplex stand seit Monaten leer. Das Hotel sollte schon längst für einen zweistelligen Millionenbetrag saniert und modernisiert sein – doch das Projekt stockt. Auch das Familienhotel in Horath (Kreis Bernkastel-Wittlich) steht seit 2017 leer. Eigentlich sollte in diesem Frühjahr – nach zwei wegen der Corona-Pandemie gescheiterten Anläufen in den vergangenen zwei Jahren – der reguläre Hotelbetrieb wieder anlaufen. Nun hat der Kreis Bernkastel-Wittlich das Hotel, das Anfang 2020 von Helmut Haumann für 2,5 Millionen Euro erworben wurde, als Flüchtlingsunterkunft angemietet. Bis zu 280 Vertriebene aus der Ukraine sollen dort untergebracht werden.

Wie ein Sprecher des rheinland-pfälzischen Integrationsministeriums auf Anfrage unserer Redaktion mitteilte, hat das Land mehrere Hotels und Privatzimmer angemietet, um so zusätzlichen Platz für bis zu 1800 Flüchtlinge zu schaffen. Über die mit den Besitzern ausgehandelten Mietkonditionen gibt es aus dem Ministerium keine Auskunft. Insgesamt gebe man für die Anmietung von Privatzimmern und Hotels für die Flüchtlingsunterbringung monatlich bis zu 450.000 Euro aus, sagte der Sprecher. Hinzu kämen dann noch teilweise Kosten für Verpflegung, Reinigung und für die medizinische Betreuung. Der rheinland-pfälzische Hotel-

und Gaststättenverband Dehoga ruft seine Mitglieder auf, Zimmer für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen.

Präsident des Verbandes ist Gereon Haumann, Sohn des Besitzers des Familienhotels in Horath.

Im Familienhotel in Horath wurde Platz für über 200 Ukraine-Flüchtlinge geschaffen. FOTO: CHRISTOPH STROUVELLE



„Dieses Verhalten disqualifiziert den Missbrauchsbeauftragten“

Weil Bischof Stephan Ackermann den echten Namen einer Betroffenen öffentlich genannt hat, fordert der Betroffenenbeirat der Deutschen Bischofskonferenz Konsequenzen.

VON KATJA BERNARDY

TRIER Jetzt hat sich auch der Betroffenenbeirat der Deutschen Bischofskonferenz zu Wort gemeldet,



Stephan Ackermann ist seit etwa zwölf Jahren Missbrauchsbeauftragter. FOTO: DPA

nachdem Bischof Stephan Ackermann den echten Namen einer betroffenen Frau genannt hatte, deren Leidensgeschichte nur unter einem Pseudonym veröffentlicht wird. Der TV hatte zuerst darüber berichtet. Der Betroffenenbeirat ist ein Gremium aus zwölf Personen, der die Bischofskonferenz in Fragen des Missbrauchs und der sexualisierten Gewalt berät.

Der Beirat nehme die aktuelle Berichterstattung zur Causa Karin Weissenfels bestürzt und irritiert zur Kenntnis, heißt es in der Stellungnahme. Das Verhalten des Bischofs wird darin als inakzeptabel, weder nachvollziehbar noch entschuldigbar bezeichnet. Die besondere Brisanz liege nicht nur in der Tatsache, dass Bischof Ackermann als zuständiger Ortsbischof für die Aufarbeitung des konkreten Falls und als Dienstvorsetz-

ter eine unveräußerliche Grenze überschritten habe, „er ist eben auch Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz und damit direkter Ansprechpartner für die im Beirat engagierten Betroffenen“.

Weiter heißt es in der Stellungnahme: „Was auch immer den Bischof von Trier zu seinem Handeln bewegt haben mag: Dieses Verhalten disqualifiziert den Missbrauchsbeauftragten der Deutschen Bischofskonferenz, weil es die Mindeststandards für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit verletzt.“

Bischof Ackermann hatte im März während eines digitalen Gesprächs mit rund 40 Mitarbeitern des Bistums Trier den bürgerlichen Namen von Karin Weissenfels enthüllt. Dabei war die Frau bewusst nur mit ihrem

Pseudonym an die Öffentlichkeit gegangen. Der Fall Weissenfels hat bundesweit Aufsehen erregt: Als junge Mitarbeiterin des Bistums Trier war sie in den 80er Jahren von einem Priester, der auch ihr Vorgesetzter war, schwanger geworden. Er riet ihr, abzutreiben. So wie ihr Beichtpriester. Kardinal Reinhard Marx sprach in seiner Zeit als Bischof von Trier (2002 bis 2008) beiden beteiligten Priestern die Irregularität wegen Beihilfe zur Abtreibung aus. Das bedeutet, sie durften etwa keine Messen mehr halten und Sakramente spenden. Beide Priester stellten in Rom einen Antrag auf Dispens, also auf Aufhebung der Irregularität. Marx gab eine Stellungnahme ab. Die zuständigen des Vatikans hoben die Irregularität auf. Das geben Dokumente wieder. Beide Priester sind mittlerweile gestorben. Weil nach

wie vor der Vorwurf jahrelanger sexualisierter Gewalt durch Weissenfels' Vorgesetzten im Raum steht, arbeitet die Unabhängige Kommission der Diözese Trier den Fall weiter auf.

Die Teilnehmenden an dem Gespräch seien über die Nennung des Klarnamens der betroffenen Frau, die beim Bistum angestellt ist, schockiert gewesen, hieß es aus der Runde. Bischof Ackermann hat mittlerweile eine Unterlassungserklärung unterzeichnet. Heißt: Wenn er noch einmal Weissenfels' echten Namen nennt, droht ihm eine Strafe. Und er hat sich per Brief bei der Betroffenen entschuldigt, wie das Bistum mitteilte. Eine Stellungnahme hat Ackermann bislang noch nicht abgegeben.

Der Betroffenenbeirat der Deutschen Bischofskonferenz fordert Konsequenzen: „Spätestens ange-

sichts der jetzt eingetretenen Situation wird deutlich, dass es dringend einer strukturellen und personellen Neuordnung im Themenfeld Missbrauch, Aufarbeitung und Prävention in der Deutschen Bischofskonferenz bedarf“, schreiben die Mitglieder in ihrer Stellungnahme.

Auf Konsequenzen pocht auch das Aktionsbündnis der Betroffeneninitiativen, dem mehr als ein Dutzend Selbsthilfegruppen angehören. Sie forderten Ackermann nach dem Outing auf, sein Amt als Missbrauchsbeauftragter der Bischofskonferenz „unverzüglich niederzulegen“. Ähnlich hatte sich zuvor auch die Opfervereinigung im Bistum Trier, Missbit e. V., geäußert. Der Verein gehört dem Aktionsbündnis an.

Produktion dieser Seite: Anja Theis